

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Klubs erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 Mk. (Halbmonatlich 1,25 Mk.), durch die Post bezogen monatlich 2,50 Mk. (ohne
Lieferungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. B. G., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition:
Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachadresse: Dresden Nr. 18 699, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-N. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiter-
stimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familien-
anzeigen 0,20 RM. für die Reklameweile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitungs- 1,50 RM.,
Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Güterbahnhof-
straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Übervoll besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 25. Oktober 1928

Nummer 251

SPD-Hecke gegen den Hamburger Streik

Streikerweiterung unter kommunistischer Führung — Wüste SPD-Hecke gegen die Streikenden — Der SPD-Polizeisenator als Lakai der Unternehmer — Reformistischer Verrat in Lodz — Demonstrationen in München-Gladbach

Die Streikfront steht fest!

Hamburg, 25. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Der Streik ist weiter verbreitert. Die Emerführer sowie eine Anzahl von Betrieben sind heute vormittags in den Streik getreten. Auf Grund eines Beschlusses der Versammlung der Seeleute am Montag abend hat heute schon eine Anzahl Matrosen und Heizer die Schiffe verlassen, obwohl ihnen von den Arbeitern versprochen wurde, ihnen den von den Hafenarbeitern im Streik geforderten Schiffslohn von 11 Mark zu zahlen, wenn sie das Vaden und Wachen der Schiffe, also die Arbeit der Hafenarbeiter bzw. Streikbrecherarbeit, leisten würden. Zwischen den Streikenden und Streikbrechern kam es verschiedentlich zu sehr scharfen Auseinandersetzungen, bei denen regelmäßig die Polizei mit dem Gummistock dazwischenlag.

Die bürgerliche Presse, allen voran das Hamburger Echo, entfaltet eine ungeheure Hecke gegen die Hafenarbeiter und die kommunistische Partei. Das Hamburger Echo bringt heute einen Artikel, überschrieben „Banditen-Politik“. Der Hamburger Korrespondent bringt ebenfalls einen über die ganze Seite ausgemachten Artikel „Kommunistischer Terror im Hafen“. Sämtliche Zeitungen verlangen, rücksichtsloses Eingreifen der Polizei. Der Polizeiterrorm ist verschärft. Es werden ungeheure Ansammlungen von Schuppsen im Hafen vorgenommen. Jede Ansammlung der Hafenarbeiter wird mit dem Gummistock dazwischenjagt. Flugblätter, die zur Verbreiterung des Streiks aufrufen, werden beschlagnahmt. Die Verteiler der Flugblätter werden verhaftet. Der Polizeikommissar erklärte, daß jedes Flugblatt, das zur Verbreiterung des Streikes aufruft, von der Staatsanwaltschaft für beschlagnahmt erklärt wird. Die Polizei, die die Arbeitsnachweise besetzt hat, zwingt die Hafenarbeiter zur Annahme von Arbeit. Einzelne Leute, die vermittelte Arbeit abgelehnt haben, wurden auf die Wache geschleppt. Das Hamburger Echo bringt große Streikbeschuldigungen.

Die 10 000 Hafenarbeiter kämpfen um die Befreiung der wilden Arbeitsvermittlung und

für eine zwölftarntariffliche Lohnerhöhung

Sie fordern einen Schiffslohn von 11 Mark. Bei der schweren Arbeit im Hafen ist diese Forderung sehr bescheiden, zumal, da für die Hafenarbeiter ziemlich viele Schichten ausfallen, je nach der Schiffsbewegung. Der Gedanke, daß bei gemeinsamem Kampf die Erfolgsaussichten für alle größer sind, hat die Hafenarbeiter veranlaßt, gerade jetzt während des Werftarbeiterstreiks in den Kampf zu treten, wie auch die Seeleute jetzt Kampfbeschlüsse gefaßt haben.

Der Kampf der Hafenarbeiter ist ein Vorstoß zum Vorteil der gesamten Arbeiterklasse. Denn fast alle Arbeiterschichten leiden bei langfristigen Zwangstarifen unter der Preissteigerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse. Für alle diese Arbeiter sind zwölftarntariffliche Lohnerhöhungen notwendig, um die Wirkungen der Preissteigerungen auszugleichen. Doch die Unternehmer stellen zwölftarntarifflichen Lohnforderungen einen schroffen Widerstand entgegen. Auch die Koalitionsregierung, die alles verteuert hat, wendet sich gegen eine Erhöhung der gesamten Reallohne, und mit ihr sämtliche Führer der Koalitionsparteien. Wenn es daher den Hamburger Hafenarbeitern gelingt, trotzdem eine zwölftarntariffliche Lohnerhöhung zu erkämpfen, so haben sie zum Nutzen der gesamten Arbeiterschaft eine Brechlinie in dieses System geschaffen.

Da die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer im Interesse der sozialdemokratischen Koalitionsregierung für die Niederhaltung der Arbeiterlohne sind, so war es nur verständlich, daß sie vor dem Streik der Hamburger Hafenarbeiter mit allen Mitteln dagegen arbeiteten. Was sie sich aber leisten, nachdem schon 10 000 Hafenarbeiter im Streik stehen, das übersteigt alle Grenzen. Genau so wie die Blätter der Gewerkschaften, fordern die sozialdemokratischen Zeitungen zum Streikbruch auf. Das Hamburger Echo verbreitet die infamsten Lügenmeldungen über die Streikenden; es behauptet, daß ältere Arbeiter von Streikenden niedergebrosen wurden usw. An all diesen Meldungen ist kein wahres Wort. Das Geschrei vom „kommunistischen Terror“ wirkt geradezu lächerlich angesichts der Tatsache, daß die Jahnlaufende der Streikenden in der KPD die führende Partei der Arbeiterklasse leben, die ihnen den Weg zum Sieg zeigt.

Tatsache ist, daß die SPD-Presse den Polizeiterrorm der kapitalistischen Klasse mit einer schamlosen Sprache unterstützt. Der Hamburger sozialdemokratische Polizeisenator hat ein ungeheures Schuppsen in den Hafen gelegt, das in brutaler Weise gegen die Streikposten vorgeht. Doch das alles ist dem sozialdemokratischen Hamburger Echo noch nicht genug, es schreibt am 23. Oktober 1928:

„Die Lage im Hafen hat sich infolge des kommunistischen Terrorm weiter verschärft. Die Gewaltaktionen der Kommunisten auf Stilllegung des Hafens, die von der kommunistischen Partei ganz genau organisiert sind, ge...“

allerdings einen andern Weg, weil, wie wir schon mitteilten, in der Hafenenge durch das Eingreifen der Polizei ziemlich alle Möglichkeiten zur Gewaltaktion unterbunden sind. Dort hat die Polizei lange Postenlinien aufgestellt. Gerade aus diesem Grunde haben die Kommunisten das Feld ihrer Gewalttätigkeiten verlegt. Sie drängen jetzt bis in die entferntesten Wohnviertel der Arbeiter vor, verfolgen in größeren Truppen einzelne Hafenarbeiter, die sie dann bei geeigneter Gelegenheit überfallen und schwer mißhandeln. Die Überfälle der Kommunisten werden meistens auch nicht von Hafenarbeitern, sondern von berufswunden Elementen ausgeführt, die dazu ausdrücklich von der kommunistischen Partei angeleitet wurden.

Wie es heißt, wollen die Kommunisten jetzt auch ihren Druck auf die große Gruppe der im letzten Arbeitsverhältnis lebenden Hafenarbeiter ausdehnen. Auch diese sollen mit Gewalt gezwungen werden, sich dem Streik anzuschließen. Wie weit das bisher gelungen ist, steht noch nicht fest. Immerhin wird uns zuverlässig gemeldet, daß für heute abend im

Stadtteil Veddel weitere Überfälle auf Hafenarbeiter geplant sind.“

Wir fragen alle Arbeiter: Kann eine Zeitung, die eine solche Hecke gegen streikende Arbeiter treibt, als Arbeiterzeitung betrachtet werden? Das Hamburger Echo fordert geradezu äußerste Verschärfung des Polizeiterrorm, es schreibt nach einem Blutbad. Es spricht außerdem von „kommunistischen Banditen“.

Diese sozialdemokratische Hecke zeigt allen Arbeitern, was sie von Seiten der SPD-Führer zu erwarten haben, wenn sie gegen das immer unerträglicher werdende System der Zwangstarife aufstehen. Die Unternehmer machen ungeheure Profite, die Arbeiter hungern. Im Kampf zwischen Kapital und Arbeit stehen die sozialdemokratischen Führer auf Seiten des Kapitals. Damit muß die Arbeiterklasse bei allen Wirtschaftskämpfen rechnen und durch Einigkeit und Zielklarheit die sozialdemokratische Hecke unwirksam machen.

Jetzt gilt es, alles zu tun, um zum Siege der kämpfenden Arbeiter beizutragen. Wir appellieren an die gesamte Arbeiterschaft, die Sammelaktion für die streikenden Hafen- und Werftarbeiter nach Kräften zu unterstützen.

Proletarische Solidarität gegen Unternehmerterror und sozialdemokratische Infamie!

Der reformistische Verrat in Lodz

Warschau, 25. Okt. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach dem schamlosen Verrat der sozialdemokratischen Führer und Gewerkschaftspolken hat die Mehrheit der Lodzger Arbeiter unter dem Druck des falschlichen Terrorm und der Drohungen der Unternehmer gelehrt die Arbeit wieder aufzunehmen. Bei Wiederantritt zur Arbeit enthielten sich die Arbeiter der Verrat der Führer der KPP und Gewerkschaften erst in keiner ganzen Schändlichkeit.

Bei der Liquidierung des Streikbewegung haben die Gewerkschaftsführer alle Garantien für den Schutz der Rechte der zur Arbeit zurückkehrenden Arbeiter außer Acht gelassen. Der von den KPP-Führern unterzeichnete Tarifvertrag — die Führer der christlichen Demokraten und Nationalen Arbeiterpartei verweigerten geschickt aus taktischen Gründen die Unterzeichnung — enthält keinerlei Bestimmungen, daß die Arbeiter wegen Teilnahme am Streik nicht entlassen werden dürfen. Die KPP-Führer haben sich mit einer entsprechenden mündlichen „Zusicherung“ der Unternehmer zufrieden gegeben.

Wie die Unternehmer diese „Zusicherung“ einhalten, zeigen

zahlreiche Meldungen, nach denen in fast allen größeren Betrieben zahlreiche Arbeiter fristlos entlassen wurden. Die Leitung der Posnaniki-Werke hat sogar Duzende von Arbeitern, die aktiv an der Streikbewegung teilgenommen haben, im Bestreben durch Polizei wegen „kommunistischer Untertate“ verhaften lassen. In einer Anzahl von Betrieben haben die Unternehmer, um die von den sozialdemokratischen Führern verurteilten Arbeiter zu verhöhnen, Lohnkürzungen angefündigt und die berührten Straßabellen, die schon einmal zu einer großen Streikbewegung geführt haben und unter dem Druck der Arbeiter zurückgezogen werden mußten, wieder aufhängen lassen. Als Antwort auf diese zynische Provokation haben die Arbeiter in mehreren Betrieben die Arbeit wieder niedergelegt.

Die Arbeiterschaft ist über den beispiellosen Verrat der KPP-Führer außerst erbittert. Die Versammlungen haben im Zeichen scharfster Auseinandersetzungen. Der Einfluß der kommunistischen Partei, die in vollem Bewußtsein ihrer Aufgabe die Streikbewegung unter Einbeziehung aller Kräfte geführt hat, ist ganz erheblich gewachsen.

Auf zur Kundgebung nach Freiberg!

Am Sonnabend dem 27. und Sonntag dem 28. Oktober sind es fünf Jahre, seitdem die Reichswehr in Freiberg ihren Einzug hielt, seitdem 18 Tote das Pfalster bedekten, gefallen von den Augen der „Ordnung“ schaffenden Reichswehr.

Die Betriebe standen still, riesige Arbeitslosigkeit grassierte, Hunger und Not, der verbrecherische Inflationsraubzug trieb die Massen auf die Straßen. Den Massen des Proletariats fehlten die notwendigen Lebensmittel. Die Kinder hungerten. In Tausenden gingen die Kinder ohne Frühstück zur Schule. Im strengen Winter fehlten den Kindern Hemden, Schuhe und Strümpfe. Teilweise blieben die Kinder überhaupt dem Unterricht fern, weil es ihnen an der notwendigen Kleidung und Nahrung fehlte.

Die Arbeiter erhoben sich gegen Hunger und Not. Sie standen im ganzen Reich auf gegen die Kapitalisten. Besonders die revolutionären Arbeiter des roten Schloßes traten in Bewegung, gingen in Massenkundgebungen auf die Straßen.

Gegen die aufstehende, sich erhebende Arbeiterschaft schickte die Reichsregierung die Reichswehr, die eine Strafexpedition gegen Sachsen durchführte. In eine sich vor dem Volkstamt angeammelte Menschenmenge, die zum großen Teil sogar aus, an Kundgebungen und Bestrafungen, die aus Keuzerigen bestand, wurde ohne jede Veranlassung von der Reichswehr hineingeschossen.

Aufmarschprogramm

27. Oktober: 20 Uhr Empfangssommers der auswärtigen Teilnehmer im Ballhaus „Union“ in Brand-Erbisdorf „Stadt Dresden“. Mitwirkung der Roten Raketen.

28. Oktober: 7-8 Uhr Weckruf, 10 Uhr Stellen der Kranzdeputationen an der „Union“, 10,30-11,30 Uhr Platzkonzerte, 12,45 Uhr Stellen zur Demonstration am „Restaurant zur Lokomotive“, 13,30 Uhr Aufmarsch zum Hauptbahnhof nach der Festwoche. Ansprache des Reichstagsabgeordneten Gen. Siegfried Räder.

Augeln gegen den Hunger waren die einzigen Mittel, die die Regierung der Bürgerlichen und Sozialdemokraten hatte.

Neue Mäntelungen zur Niederwerfung der Arbeiter sind auch jetzt die Mittel der Kapitalisten gegen hungernde und um die Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfenden Arbeiter. Das Auffahren der Hamburger Polizei bei dem Streik der Hafenarbeiter mit Autos, auf denen wieder die Schilder hängen, „Wer weiter geht, wird erschossen!“ sind deutliche Warnungsschritte dafür.

Die revolutionäre Arbeiterschaft veranstaltete am Sonnabend und Sonntag eine Gedenk Kundgebung für die Opfer des Reichswehrcinmarsches. Diese Kundgebung ist gleichzeitig eine Kundgebung gegen die neuen verschärften Aufmärsche der Reaktion.

Deshalb:
auf zur Massen Kundgebung am 27. und 28. Oktober
nach Freiberg!

Wieder eine sozialdemokratische Korruptionsblüte

SPD-Stadtvorordnete Wöhner-Glauchau unterschlägt mehrere tausend Mark!

Der Vorstand des Glauchauer Bau- und Sparvereins hatte vor einiger Zeit, ohne die Mitglieder zu befragen, den Posten eines besoldeten Geschäftsführers eingerichtet, obwohl der Verein nur ganze 100 Mitglieder zählt. Die Geschäftsführerfunktion wurde dem sozialdemokratischen Stadtvorordneten Wöhner anvertraut, dem es innerhalb kurzer Zeit gelang, einen Defizit von mehreren Tausend Mark zu schaffen. Das Geld der Arbeiter hat er, wie sich jetzt herausstellt, bei Wein, Weib und Gesang verschwendet.

Das ist kein vereinzelter Fall, sondern nur ein kleiner Auschnitt aus dem Korruptionsystem der SPD, das wir durch zahlreiche ähnliche Meldungen in der letzten Zeit bereits beleuchtet haben.

Aus der kommunistischen Partei werden Korruptionisten a la Vittori hinausgeworfen: die Sozialdemokratie aber duldet solche Subjekte, wie Larmal, Feilmann und Bauer, denen dieser Wöhner ja nur nachgesehen hat, an der Spitze ihrer Partei.